

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

17. Wahlperiode

Abgeordneten-Büro Berlin:

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132

E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Abgeordneten-Büro Heilbronn:

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn

Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/9824216

E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

Die Energiewende in Deutschland ist eingeleitet. Historische Stunde im Bundestag: Im großen Konsens wird Atomausstieg bis 2022 besiegelt

Nach der Havarie des Kernkraftwerks von Fukushima am 11. März 2011 wurde bei uns die gesellschaftliche Grundentscheidung getroffen, dass Deutschland seine Energieversorgung in Zukunft noch schneller aus erneuerbaren Quellen decken wird. Alles andere wäre unverantwortlich angesichts der enormen Risiken der Nukleartechnologie, mit denen offensichtlich selbst hochindustrialisierte Länder mit höchster Ingenieurskunst wie Japan nicht umgehen können.



Der Deutsche Bundestag hat deshalb in dieser Woche mit großer Mehrheit beschlossen, dass Deutschland als erste führende Industrienation bis

zum Jahr 2022 endgültig aus der Atomenergie aussteigt. In namentlicher Abstimmung haben 513 Abgeordnete mit Ja gestimmt, 79 mit Nein und 8 enthielten sich.

Das 700 Seiten starke Gesetzespaket zur Umsetzung der christlich-liberalen Energiewende ist damit auf den Weg gebracht. Mit diesem sollen Stromnetze schneller ausgebaut, Gebäude besser gedämmt und der Ökostromanteil bis 2020 stark erhöht werden.

Wie sehen die wichtigsten Gesetze zum Atomausstieg und zur Energiewende im Einzelnen aus?

Novelliertes Atomgesetz: Die acht derzeit abgeschalteten Kernkraftwerke kommen nicht mehr an das Netz, die restlichen neun werden stufenweise bis 2022 abgeschaltet.

Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG): Strom aus regenerativen Energien soll möglichst rasch in größerem Umfang in das Netz eingespeist und transportiert werden. Dazu kann die Bundes-

netzagentur für länder- und grenzüberschreitende Höchstspannungsleitungen nunmehr sowohl die Fachplanung als auch die Planfeststellung federführend koordinieren.

Gesetz zur Neuregelung des Rechtsrahmens für die Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (EEG): Der Anteil produzierten Stroms aus erneuerbaren Energiequellen soll bis spätestens 2020 auf mindestens 35 Prozent erhöht werden. Mit dem Angebot einer Marktprämie wird eine Brücke für die Integration in den regulären Strommarkt gebaut. Indem die EEG-Umlage den Betrag von 3,5 Cent pro Kilowattstunde nicht übersteigen soll, wird die Bezahlbarkeit des EEG erhalten. Damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Unternehmen nicht über Gebühr belastet wird, wird eine lineare, breit gefasste Ausgleichsregelung eingeführt.

Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden: Mit dem Tag seines Inkrafttretens werden neue steuerliche Anreize für Sanierungsmaßnahmen geschaffen, die zu einer überdurchschnittlichen Energieeffizienz führen. Damit soll eine möglichst umfassende Gebäudemodernisierung gefördert werden.

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ (EKFG): Ein Ausgleich für die entfallenden Beiträge der Kernkraftwerksbetreiber zum Klimafonds (EKF) wird hergestellt. Dazu gehen die Erlöse aus dem Emissionshandel ab 2013 vollständig in den EKF.

Fazit:

Die Bürger und Unternehmen in unserem Land vertrauen darauf, dass Strom zu jeder Tages- und Nachtzeit, in jeder Menge und zu bezahlbarem Preis vorhanden ist. Darauf können sie sich weiter verlassen. Unser Energiesystem muss das wirtschaftliche Fundament unseres Landes stärken, zum wichtigen Impulsgeber für Innovation und tech-

nologischen Fortschritt werden, die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren und unser Klima schützen helfen. Deutschland darf nicht von Stromimporten abhängig werden, sondern muss seinen Nettobedarf eigenständig erzeugen können. Das ist – gerade auch wegen der eingeleiteten umfassenden Energiewende – weiterhin der Anspruch der christlich-liberalen Koalition.

WEITERE THEMEN IM PLENUM:

- **Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse**
- **Internet und digitale Gesellschaft**

Nähere Informationen zu diesen Themen erhalten Sie auf Wunsch gerne zugesandt. Kontakt unter 030 / 227 72542.

25 JAHRE PARLAMENTSSTIPENDIUM:

Aus Anlass des 25-jährigen Bestehens des Internationalen Parlaments-Stipendium (IPS) hat eine fraktionsübergreifende Gruppe von Abgeordneten einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, der die Absicht bekräftigt, das Internationale Parlaments-Stipendium fortzuführen. Es sollen weiterhin jedes Jahr bis zu 120 qualifizierte und politisch besonders interessierte junge Menschen aus Staaten, mit denen die Bundesrepublik Deutschland von jeher eine besondere Freundschaft verbindet, in den Deutschen Bundestag eingeladen werden.

Hier sollen sie die Gelegenheit haben, das parlamentarische Regierungssystem Deutschlands sowie die politischen Entscheidungsprozesse aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Durch dieses weltweit einzigartige Programm zur Förderung von Demokratie und interkulturellem Dialog konnten bisher über 1.750 junge Menschen aus Mittel-, Südost- und Osteuropa sowie Frankreich, Israel und den USA die Arbeit des Deutschen Bundestages kennenlernen, darunter auch Judita Janicinova. Die junge Slowakin ist dieses Jahr bei Thomas Strobl zu Gast und wird vom 18. Juli an den Wahlkreis in Heilbronn besuchen, um ihren Deutsch-

landaufenthalt mit einer Tour durch die Heimat des betreuenden Abgeordneten abzuschließen.

PRESSEMITTEILUNGEN:



Thomas Strobl zur Bildungspolitik:

„Strukturdebatte auf Bundesebene absolut überflüssig“ (23.06.2011):

„Es ist absolut überflüssig, dass unsere Bundespartei jetzt eine Debatte über die Schulstrukturen in Deutschland führt. Die ist eine föderale Angelegenheit der Länder“, erklärt Thomas Strobl, Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg mit Blick auf ein bildungspolitisches Papier, das am Montag vom CDU-Bundesvorstand als Leitantrag für den Bundesparteitag im Herbst verabschiedet werden soll: Darin wird die Zusammenlegung von Haupt- und Realschule zur Oberschule empfohlen.

„Es ist ein Zeichen eines lebendigen Föderalismus, dass diese Strukturen in den einzelnen Ländern mit ihren verschiedenen Anforderungen und Herausforderungen eben verschieden sind. In weiten Teilen setzt das von der Bildungskommission vorgelegte Papier zwar an der richtigen Stelle an – aber was die Schulstrukturen angeht, ist Zentralismus völlig überflüssig: Wir müssen gemeinsam zum Beispiel über Lerninhalte oder über die beste Ausbildung von Lehrern sprechen, und nicht unsinnige Schulstrukturdiskussionen führen“, so Thomas Strobl weiter:

„Die Schule ist für die Kinder da, nicht die Kinder sind für die Schule da – Strukturexperimente als reiner Selbstzweck sind unsinnig!

Uns als Südwest-CDU geht es um die bestmögliche individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler – ganz nach dem Motto: Für jeden das Richtige. Insofern sehen wir, dass auch die Hauptschule einen eigenen pädagogischen Wert hat. Wir wollen die einzelnen Schulen auch im Ländlichen Raum erhalten, ganz nach dem Motto ‚Kurze Beine - kurze Wege‘. Die Hauptschule bietet eine eher praxisorientierte Ausbildung, aber sie ebnet eben auch den Weg zu einem höheren Bildungsabschluss: Kein Abschluss ohne Anschluss, das ist uns ganz wichtig. Darum gibt es keinen Grund, warum am erfolg-

reichen differenzierten Schulsystem in Baden-Württemberg überflüssige Strukturexperimente durchgeführt werden sollten. Dagegen werden wir uns wehren! Letztlich würde damit doch nur die Einheitsschule salonfähig gemacht.“

Landes CDU:

Thomas Strobl lässt Amt des Generalsekretärs ruhen (30.06.2011):

Nach sechs Jahren als ehrenamtlicher Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg hat Thomas Strobl gestern im Vorfeld der ersten von vier Basis-Konferenzen zur Vorbereitung des Landesparteitages am 23. Juli 2011 den CDU-Landesvorsitzenden Stefan Mappus gebeten, von kommendem Montag (4. Juli 2011) an sein Amt ruhen lassen zu dürfen. Der Landesvorsitzende ist diesem Wunsch gefolgt.

Hierzu erklärt Thomas Strobl:

„Der Wettbewerb zwischen den jetzt zwei Kandidaten für den Landesvorsitz der CDU Baden-Württemberg soll und muss aus meiner Sicht fair und mit gleichen Mitteln auf beiden Seiten ablaufen. Darum will ich selbstverständlich auch aus meinem Amt als Generalsekretär keinerlei Vorteil für meine Kandidatur ziehen und aus diesem Grund habe ich unseren Landesvorsitzenden Stefan Mappus gebeten, mich ab kommendem Montag von meinen Aufgaben zu entbinden. Ich bin sehr gerne, mit viel Freude und großem Engagement ehrenamtlich Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg.

Nun danke ich Stefan Mappus sehr, dass er meinem Wunsch entsprochen hat und meine Tätigkeit ab Montag ruhen kann. Damit sind die Voraussetzungen für ein absolut faires Verfahren für die Wahl des Landesvorsitzenden gegeben. Daran ist mir persönlich sehr gelegen.“

v.i.S.d.P.:

Dr. Volker M. Schütterle
Büroleiter und wissenschaftlicher Mitarbeiter

Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB
-Vorsitzender des Ersten Ausschusses
-Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg
-Vorsitzender des Vermittlungsausschusses

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 / 227-72542
Fax 030 / 227-70132